

Leipziger Volk

Morgen
letzter Tag!

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark. für Selbst-abboter 1.80 Mark. - Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleglohn. Telefon Sammelnummer 72206 - Volkscheckkonto Leipzig Nr. 534 77	Redaktion: Leipzig, Tauschaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72206. - Verlag in Leipzig. Tauschaer Straße 19/21 - Telephon 7220	Inseratenpreise: Die 10erzeile, Kolonelle 35 Pf., bei Planvordruck 40 Pf., Stellenangebote 10gele. Kolonelle 25 Pf., Familiennachrichten von Privatrat die 10gele. Kolonelle mit 1/2 Pf., Nachl. Reklamezeile 2 Pf., Inserate v. ausw.: die 10gele. Kolonelle 40 Pf., bei Planvordruck 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Pf.
---	---	---

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Verkaufsstellen entgegen

Haltet Abrechnung!

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Männer und Frauen der schaffenden Bevölkerung!

Der Tag der Abrechnung mit dem Besitzbürgerblock naht! Die Politik der kapitalistischen Parteien stand unter dem Leitmotiv: Bereichert euch! Inner- und außenpolitisch hat der Bürgerblock versagt!

Aber ebenso verderblich wie der Besitzbürgerblock im Reich, ist für die arbeitende Bevölkerung in Sachsen die Bürgerblock-Regierung im Lande, die nur aus Angst vor der Sozialdemokratie gebildet, aus Angst vor einem Sieg des Sozialismus nach Neuwahlen künstlich am Leben erhalten wird. Die Regierungskoalition in Sachsen taumelte von Krise zu Krise. Dennoch haben die bürgerlichen Parteien aus Furcht vor der Abrechnung der Wähler verhindert, daß, wie in anderen Freistaaten, zusammen mit der Reichstagswahl über den Kurs der sächsischen Politik entschieden wird.

Erst recht muß die Wahl am 20. Mai zu einer vernichtenden Niederlage der Besitzbürgerblockparteien im Reich und ihrer Trabantenparteien in Sachsen werden.

Es gilt zu beweisen, daß der gegenwärtige Kurs der Landespolitik keineswegs die Mehrheit der sächsischen Bevölkerung hinter sich hat. Der 20. Mai sei der Tag der Abrechnung mit der Reichspolitik, aber auch der Entscheidung über die sächsische Politik, um den Sieg der Demokratie und des Sozialismus endgültig vorzubereiten.

Auf allen Gebieten der sächsischen Landespolitik macht sich der Druck der Reaktion geltend. Wie die Verwaltung einseitig für reaktionäre Interessen geführt wird, so herrscht in der Polizei erneut der alte Militarismus. Die Justiz dient als Instrument im Kampf gegen die Arbeiterbewegung. Die Schulgesetzgebung Sachsens ist der Reaktion noch immer ein Dorn im Auge. Durch eine „starke Regierung“ mit diktatorischen Vollmachten soll der kapitalistische Kurs auf Kosten der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der breiten Massen gesichert werden. Unerhört ungerecht ist die Steuerverteilung. Die sächsischen Regierungsparteien weigerten sich, einen von der Sozialdemokratie beantragten Protest gegen die Finanzpolitik des Reichs einzulegen.

Mittergutsbesitzer zahlen weniger Steuern als die schlechtest-bezahlten Arbeiter.

Die Hoffnungen der Inflationsgeschädigten und der Kleinrentner wurden betrogen, die Interessen der Mieterschaft zugunsten des kapitalistischen großen Hausbesitzes preisgegeben. Der sächsische Staatshaushalt balanciert auf Kosten der Minderbemittelten. Allein 15 Millionen Mark wurden in diesem Jahr von der produktiven Erwerbslofenfürsorge gestrichen. Die Regierung sparte an den Darlehen für Schulbauten. Sie hat kein Geld für Schulkinderpepungen. Sie verweigert eine ausreichende Unterstützung der Armen der Armen. Jahrelang hintertrieb sie eine Sonderbeihilfe für Bürgerlumpenempfänger und bewilligte schließlich nicht, wie von der Sozialdemokratie beantragt worden war, 10 Millionen Mark, sondern nur 3 Millionen Mark. Sie sabotierte die Anträge der Sozialdemokratie auf Beihilfe für Schwangere und stellte erst nach langen Kämpfen die völlig ungenügende Summe von 200.000 Mark zur Verfügung. Es wirkte wie Hohn, daß die Regierung für die Gesundheit der Arbeiter 3500 Mark in den Haushaltplan einstellte! Der sächsische Bürgerblock verweigerte den färslich bezahlten Walarbeitern eine Weihnachtshilfe. Dagegen erhielt der Ministerpräsident Heide 12.500 Mark Zulage auf sein Grundgehalt von 28.000 Mark.

Kein Geld für die Arbeiter, niederen Angestellten und Beamten - aber Tausende und aber Tausende für Ministergehälter! Kein Geld für sozialpolitische Zwecke - aber Steuererhöhungen von Millionen für die Besitzenden! Mißachtung der Mieterinteressen - aber Riesensummen für den kapitalistischen Hausbesitz! Das ist das wahre Gesicht des sächsischen Besitzbürgerblocks!

Aber auch der Kurs des Bürgerblocks im Reich muß mitverantwortet werden von den Parteien, die in Sachsen die Regierung bilden. Die sächsische Regierung stimmte im Reichsrat sowohl für den Miet- wie für den Zollwucher. Mit nationalistischen Phrasen plädierte Herr Heide für die Bewilligung eines neuen Panzerkreuzers. Der Partikularismus des sächsischen Ministerpräsidenten wurde begeistert von seinem bayrischen Namensvetter begrüßt. Die sächsische Regierung unterstützte getreulich alle reaktionären Maßnahmen im Reich. Deshalb ist sie in vollem Maße mitschuldig für den Kurs der Reichspolitik; schuldig sind die Parteien, die sie führen!

Die sogenannten „alten Sozialdemokraten“ und die Deutschnationalen, Wirtschaftsparteiler, Volksparteiler, Aufwärtler und Demokraten Arm in Arm -

**Vorwärts zur sozialen Republik!
Auf zum Kampf, zum Sieg für ein rotes Sachsen!**

Der Landesarbeitsauschuh der SPD Sachsen.

fürwahr, eine groteske Koalition führt in Sachsen zur Zeit die Regierungsgeschäfte!

Die USP

Ist eine Renegatengruppe, die nur deshalb den Ministerpräsidenten stellen darf, weil sie den bürgerlichen Parteien die Herrschaft ermöglicht. Ihre Führer sind entlarvt als Handlanger der Reaktion.

Die Deutschnationalen

Sind die Partei der Junker und Schlotbarone, die Liebediener der Monarchie. Ihr Leitwort hat ihr früherer Führer, Justizrat Beutler, im sächsischen Landtag geprägt: „Ich bedaure, daß am 9. November 1918 nicht auf die Arbeiter geschlossen worden ist.“

Die Deutsche Volkspartei

Ist die Partei der Schwerindustriellen. Zwischen den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei ist im sächsischen Landtag kaum ein Unterschied.

Die Demokraten

Im sächsischen Landtag sind ehemalige Nationalliberale. Den Prinzipien dieser Partei „Dreh Scheibe“ sind sie treu geblieben. Auch die Demokraten unterstützen sich im sächsischen Landtag nicht wesentlich von den Deutschnationalen.

Die Wirtschaftspartei

gab vor, die Interessen des Mittelstandes zu vertreten. Tatsächlich schädigte sie den Mittelstand. Sie führte die Wucherpolitik, die die Kaufkraft der breiten Massen untergräbt und dadurch auch die Interessen breiter Mittelstandskreise nachteilig beeinflusst. Sie verpackt eine gerechte Steuerregelung, aber sie änderte die Steuer-gesetze nicht, obwohl sie den Finanzminister stellt.

Die Aufwärtlerpartei

Die sogenannte Volksrechtspartei, tritt die Volksinteressen mit Füßen. Sie verzichtete auf ihre eigenen Aufwärtleranträge, stimmte für den Abbau des Mieter-schutzes und in zahlreichen Fällen gegen sozialdemokratische Anträge, die sich für die Interessen der Minderbemittelten und Notleidenden einsetzten.

Die beiden Nationalsozialisten

spielten im sächsischen Landtag nur eine lächerliche Rolle. Zumeist glänzten sie durch Abwesenheit. Waren sie anwesend, stimmten sie mit den übrigen reaktionären Parteien.

Die Kommunisten

verlachten den Kampf der Sozialdemokratie für die notleidenden Volksmassen herabzusetzen, aber durch ihre Zerplitterungsarbeit schwächten sie lediglich die Kampfkraft der Arbeiter-schaft und leisteten durch unsinnige Parolenpolitik der Reaktion Vor-schub.

Die Sozialdemokratische Partei

hat sofort nach der Neuwahl des Landtags ihren ersten Willen bekundet, den Versuch zur Bildung einer fortschrittlichen Regierung zu machen. Für diese Regierung hat sie ein Arbeitsprogramm beschlossen, das der Öffentlichkeit übermittelt wurde. Ausgehend von ihren sozialistischen Grundzügen kämpft die Sozialdemokratie Sachsens im Rahmen der Reichs- und der Landesverfassung für Beseitigung der wirtschaftlichen Not des werktätigen Volkes, der Inflationsopfer und der verarmten Mittelschichten.

Sie stützt sich dabei auf den sozialen Grundgedanken der Reichsverfassung, daß allen deutschen Staatsbürgern Arbeit, Existenzminimum und Wohnung garantiert sei. Die Sozialdemokratie erstrebt die Demokratisierung und Republikanisierung der Verwaltung in Staat und Gemeinden. Sie wirkt für die Umgestaltung der Rechtspflege nach sozialen und republikanischen Gesichtspunkten. Sie setzt sich für den Schutz der Arbeitskraft. Sie bekämpft das Wohnungsproblem. Ihr Streben ist auf die Förderung der Gemeinwirtschaft gerichtet. Die sächsische Sozialdemokratie hält es für die Pflicht einer in ihrem Sinne geleiteten Landesregierung, fort-schrittlich auf Reichsregierung und Reichsgesetzgebung einzuwirken.

Nur durch den Druck der Sozialdemokratie konnten in den letzten Jahren keine Verbesserungen für die Minderbemittelten erreicht und noch verderblichere Pläne zum Scheitern gebracht werden, als sie von der sächsischen Reaktion bereits verwirklicht worden sind.

Darum gilt es, mit aller Kraft zu werden, daß der 20. Mai nicht nur verhängnisvoll für den Besitzbürgerblock im Reich, sondern daß er auch zum Wendepunkt für die sächsische Politik werde!

**Dem arbeitenden Volke die Macht, das ist unsere Parole!
Dem Sozialismus die Zukunft, das ist unser Ziel!**

Sozialistische Fraueninternationale

Von Anna Siemsen.

Wo immer heute ein Befreiungskampf einer Klasse gekämpft wird, nimmt er internationale Formen an und muß daher internationalen Zusammenschluß suchen. Die Frauen haben ihren besonderen und schweren Kampf um ihre Rechte zu kämpfen, und so haben überall, wo die Frauen sich zu diesem Zwecke organisierten, auch die Versuche eingesezt, zu einer internationalen Zusammenarbeit zu gelangen. Die bürgerlichen Frauenorganisationen sind durch den Krieg auseinandergeprengt worden. Nur kleine Gruppen bürgerlich radikaler Frauen haben sich während des Krieges unter tapferer Nichtachtung der allgemeinen Achtung, der sie sich aussehten, zur „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ zusammengeschlossen, die auch nach dem Kriege ihre Arbeit im Sinne eines radikalen Pazifismus fortsetzt. Die anderen bürgerlichen Frauenverbände arbeiten heute in dem gleichen Sinne wie vor dem Weltkriege. Sie haben alles vergessen, was sie während des Krieges gegeneinander geredet, geschrieben und getan. Sie haben nichts hinzugelehrt, und die alten unzulänglichen Methoden der Zusammenarbeit werden vor einem neuen internationalen Konflikt genau so versagen wie in der Vergangenheit.

Wie aber steht es mit unserer, der sozialistischen Frauen internationaler Zusammenarbeit? Daß hier vor dem Kriege viel versäumt worden ist, wissen wir heute alle. Die politische Entrechtung der Frau, die besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, unter denen sie leidet, machten damals schon die Arbeit im nationalen Rahmen sehr schwierig. Wir müssen uns immer wieder daran erinnern, daß wir in Deutschland noch vor zwanzig Jahren mit dem geistig Minderwertigen zusammen kein politisches Vereinsrecht besaßen. Es ist selbstverständlich, daß wir dabei kaum über unsere Grenzen hinausblinden konnten. Und es bleibt ein besonderer Ruhm für unsere Genossinnen, daß trotz alledem ein erster Versuch internationaler sozialistischer Verständigung von sozialistischen Frauen unter Klara Zetkins Führung ausging.

Aber der Krieg und die ihm folgenden heftigen Erschütterungen haben unsere Lage grundsätzlich geändert. Wenn auch nur eine kleine Anzahl von europäischen Ländern den Frauen die volle politische Gleichberechtigung gegeben hat, wenn auch in den meisten dieser Länder, wie beispielsweise in Deutschland, die gesetzliche Gleichberechtigung der politischen nicht gefolgt ist - wir brauchen nur an unser Ehe- und Familienrecht mit seiner Entmündigung der Frau und an das Ausnahmestimmrecht zu denken, unter das der staatliche Gebärzwang sie stellt - wenn endlich auch die wirtschaftliche Gleichberechtigung noch nirgendwo besteht, weil ihre alte Ueberlieferung nur langsam durch das Neue ersetzt werden kann, so ist doch das Alte heute an so vielen Stellen durchbrochen, daß es nutzlos ist, der Flut der Entwicklung Dämme des Vorurteils entgegenzusetzen. In einer Zeit, wo selbst in Asien, dem Erdteil der stärksten Tradition und der ältesten Knechtung der Frau, die Frauen beginnen, politische Forderungen zu stellen und mit gesellschaftlichen Ausnahmegebräuchen aufzuräumen, kann nur politische und gesellschaftliche Blindheit glauben, daß es möglich ist, stehenzulieben oder zu hemmen. Die Flut wird ihren Weg nehmen, und sogar Parteiinteresse und persönlicher Vorteil wird jetzt oft dazu dienen, sie zu beschleunigen. Wie jetzt zum Beispiel in England, wo die durchaus reaktionäre Tory-Regierung das Frauenwahlrecht auf die Frauen von 20 bis 25 Jahren ausgedehnt hat, die bisher ausgeschlossen waren, sicher nicht aus grundsätzlicher Einstellung, sondern aus Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen: sie wollen diese Stimmen der „Flapper“, wie die jungen Mädchen genannt sind, für sich gewinnen.

Und hier zeigt sich uns ein sehr wichtiges politisches Moment dieser Entwicklung. Politische Klarheit, politische Willen und politische Erkenntnis stehen nie am Anfang, sondern stets am Ende politischer Tätigkeit. Sie werden nur durch diese erworben. Und weil man die Frauen von ihr bisher grundsätzlich fernhielt, sind sie heute das unsicherste Element in politischen Rechnungen, in einem Maße, daß die ganze politische Richtung in einem Lande unter Umständen durch das Frauenstimmrecht umgestellt werden kann. Daß dem nicht immer so zu sein braucht, daß der Grund für diese „politische Unberechenbarkeit“ der Frau nicht in irgendeiner minderen oder abseitigen natürlichen Veranlagung liegt, wissen wir deswegen, weil überall dort, wo gute organisierte und Bildungsarbeit unter den Frauen geleistet ist (wie beispielsweise in Wien), die Frauen einen ausgezeichnet klaren und festen politischen Willen bewiesen haben.

Es ist trotzdem natürlich, daß angesichts der weiten Massen durchaus ungeschulter Frauen selbst die sozialistischen Parteien dem Frauenstimmrecht, das sie grundsätzlich vertreten, in der Gegenwart zögernd, wenn nicht gar ablehnend gegenüberstehen. In den romanischen Ländern vor allem, wo die Frauen gesellschaftlich weit gebundener sind als bei uns - es wäre dort undenkbar, daß beispielsweise Buben und Mädel zusammen wanderten und lernten, oder daß Frauen so unbelümmert wie bei uns Restaurants und Cafés